

# Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe Mai 2019



*Liebe Mitglieder,*

*hier ist sie endlich - die neueste Ausgabe des Mitgliederbriefes unseres Brüsseler Verbandes der Europa-Union! In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit der anstehenden Europawahl! Unser Vorsitzender Michael Köhler gibt in einem Vorwort seine Einschätzung zur aktuellen Lage und was er für die kommende Legislatur als richtungsweisend erachtet.*

*Zudem haben wir junge Europäer, die heute als Praktikanten in Brüssel arbeiten, gefragt, was sie sich von der EU für die nächsten fünf Jahre wünschen.*

*Unser stellvertretender Vorsitzender Frank Hoffmeister beschreibt in einem Artikel das aktuelle Szenario zum Brexit und wir berichten von unserer Praktikantenveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der EUD, Rainer Wieland MdEP.*

*Leider müssen wir dieses Mal auch Abschied nehmen von unserem früheren Vorstandsmitglied Christian Bruns, der vor wenigen Tagen verstorben ist.*

*Zu guter Letzt stellt sich unser EUD-Neumitglied Katrin Hatzinger vor in „10 Fragen an..“!*

*Eine spannende Lektüre wünscht*

*Ihr Redaktionsteam*

## **Editorial von Prof. Dr. Michael Köhler**

***Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes, liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,***


in wenigen Tagen werden die Bürger Europas wieder zu den Wahlen gerufen. Ist es nicht eigentümlich, dass es genau vierzig Jahre nach den ersten freien, demokratischen, gleichen und geheimen Europawahlen im Jahr 1979 immer noch nötig ist, die Bedeutung dieser Wahlen zu erklären und die Bürger dafür zu interessieren, von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen? Sollten selbst weniger politikinteressierten Bürgern nicht spätestens seit 2008 die Rolle, die Einflussmöglichkeiten, das Gewicht, aber möglicherweise auch die Fehler der europäischen Institutionen aufgefallen sein und sich daraus ein gesteigertes Interesse ableiten, am demokratischen Entscheidungsprozess in Europa mitzuwirken und europäische Politik mitzugestalten? Warum ist es so schwer, dies zu vermitteln, und warum sahen sich zum Europatag, dem 9. Mai, die Staatspräsidenten von 21 EU-Mitgliedstaaten genötigt, mit einem gemeinsamen Zeitungsartikel unter der Überschrift „Europa ist die glücklichste Idee, die wir je hatten“ auf die segensreiche Rolle der Europäischen Union hinzuweisen und die Europäer zur Wahl aufzufordern?



### **Die Frage stellt sich: Wohin steuert dieses Europa, wohin soll es steuern?**

Auf der einen Seite sah sich die Juncker-Kommission in der beneidenswerten Lage, vor dem außerordentlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 9. Mai in Sibiu eine beeindruckend positive Bilanz Europa vorzulegen: sinkende Arbeitslosigkeit, gerade auch bei den Jugendlichen, Beschäftigungsraten auf Höchstständen, steigende Reallöhne, eine stabile Währung – nach Jahren der Krise scheint sich das Blatt gewendet zu haben, und daran hat Politik – europäische Politik – einen maßgeblichen Anteil.





Auf der anderen Seite spüren wir alle, dass sich ein Gefühl der Unsicherheit, der Ungleichheit und der Ablehnung eingestellt hat und sich offenbar verstetigt. Menschen erwarten ein neues Handeln der Politik. Das weisen die Ergebnisse nationaler Wahlen genauso aus wie die Bewegung der *Gilets Jaunes* oder die freitägigen Schülerdemonstrationen für den Klimaschutz. Ja, selbst die erschreckenden Umfragewerte von Nigel Farages neuer Brexit-Partei im Vereinigten Königreich, die inzwischen Tories und Labour weit überholt hat, sprechen dafür, dass die Bürger ein neue Erwartungen an die Politik haben – national und europäisch, auch wenn diese Erwartungen disparat und widersprüchlich erscheinen mögen. Auch von außen her schleicht sich ein neues Bewusstsein der Unsicherheit und mangelnden Vorausschaubarkeit der Verhältnisse ein, das zum Handeln zwingt: Auf der weltpolitischen Bühne wird in unseren Tagen kein erbauliches Stück gespielt. Europa begreift, dass es sich positionieren und für seine Werte international eintreten, kämpfen muss, wenn es sich behaupten will. Ein einfaches „Weiter so!“ kann darauf nicht die Antwort sein.

In den kommenden Wochen und Monaten kommt es darauf an, Weichenstellungen vorzunehmen, die diese politischen Herausforderungen annehmen und in politisches Handeln umsetzen. Die großen Linien scheinen klar: Die Erklärung von Sibiu, die Papiere der Kommission, des Präsidenten des Europäischen Rates, einzelner Mitgliedsstaaten wie Frankreich oder die Niederlande beschwören in ihren Einlassungen und Vorstellungen die Werte von Einheit, Gemeinsamkeit und Fairness. Sie sind sich einig, dass wir ein Europa brauchen, das die Bürger schützt, wettbewerbsfähiger wird und an der ökonomischen Zukunft baut, den sozialen Pfeiler in Europa verstärkt und den Bürgern fairere Entwicklungschancen garantiert. Alle Papiere betonen die Notwendigkeit neuer, deutlich vermehrter Anstrengungen beim nachhaltigen Wirtschaften und dem Klimaschutz. Und sie fordern, dass die EU international ihre Werte und Interessen besser und wirkungsvoller verteidigt – ein „einflussreiches Europa“ nennt das das Juncker-Papier für Sibiu, wonach es darauf ankommt, effektivere für eine regelbasierte Weltfriedens- und Welt handelsordnung und einen wirkungsvollen Multilateralismus einzutreten, die Rolle der europäischen Währung international auszubauen, europäischen Verteidigungskooperation voranzutreiben, den Balkan zu stabilisieren, und in die Partnerschaften mit den Nachbarländern und mit Afrika zu investieren... Die für Anfang Juni angekündigte Strategische Agenda der Europäischen Rates wird diese Ansätze wohl zusammenfassen und damit das Terrain für die Arbeit der neu zu besetzenden europäischen Institutionen abstecken.

Zwischen der Definition von Allgemeinzielen und ihrer Umsetzung liegt jedoch ein weiter Weg, und viele einzelne Richtungsentscheidungen in Gesetzgebung und politi-

ischem Handeln sind erst noch zu diskutieren und zu treffen. Dies wird in Kommission und Parlament geschehen. Und daher ist es für jeden Bürger von größter Bedeutung, wie diese Institution besetzt sind und mit welchem Programm die Mandatsträger antreten. Es geht dabei nicht um Brüssel, es geht um die Zukunftschancen und das Wertemodell für Europas Bürgergesellschaft und seine Menschen. Die Zusammensetzung des Europa-Parlamentes und der Kommission, die ihre Arbeit erst aufnehmen kann, wenn das Parlament ihr und ihren Mitgliedern das Vertrauen ausgesprochen hat, spielt dafür eine entscheidende Rolle. Manchem erscheint Europa immer noch weit entfernt, es berührt allerdings das Leben eines jeden Bürgers täglich und prägt die Rechts- und Gesellschaftsordnungen der Europäer durch und durch.

Deswegen sind die Wahlen so bedeutsam. Es geht um Richtungsentscheidungen für Europa. Und es geht um die demokratische Ordnung Europa. Eine hohe Wahlbeteiligung gibt diesen Wahlen Bedeutung und den Institutionen Legitimität für Ihre Arbeit. Eine hohe Wahlbeteiligung und das Ergebnis der Wahlen skizzieren den Weg, den die Bürger für Europa und sich selbst in Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung, der Innen- und Migrationspolitik, der Nachhaltigkeit und Klimapolitik und bei Äußerem und Verteidigung wollen. Ein starkes Mandat für die demokratischen Kräfte kann die Radikalen und die Feinde der liberalen Ordnung in Europa in die Schranken weisen.

Und ein Vertrauensbeweis für die pro-europäischen Parteien hilft, diejenigen einzudämmen, die das Jahrhundertwerk der europäischen Friedens- und Konsensordnung aufs Spiel setzen und gerade denselben Nationalismus neu erblühen lassen wollen, der noch vor ein, zwei Generationen millionenfach Leid und Elend über die Welt und über Europa gebracht hat. Die Lage auf dem Westbalkan ist eine lebendige Erinnerung daran, dass dieser Ungeist jederzeit wiedererstehen kann, wenn man nicht aktiv gegen ihn vorgeht.

Bitte gehen Sie daher wählen und machen Sie sich Ihre Wahlentscheidung nicht leicht – denn dafür hängt von ihr zu viel ab! Bitte werben Sie in der Familie und unter Freunden, Bekannten und Kollegen für eine aktive Teilnahme an den Europawahlen! Denn Europa, das sind nicht die da in Brüssel und Straßburg – Europa, das sind wir alle. Europa steht dafür, der nachfolgenden Generation eine Zukunft zu geben, die sich lohnt. Und dazu brauchen wir Tag für Tag die Arbeit kompetenter und verantwortungsbewusster Frauen und Männer im Europäischen Parlament und in der Kommission, genauso wie auf nationaler und lokaler Ebene.

Im Namen des gesamten Vorstands grüße ich Sie herzlich,

Ihr Dr. Michael Köhler

**O-Töne zur Europawahl:  
„Für die nächsten 5 Jahre wünsche ich mir von Europa...“**



**„Mir ist es wichtig, dass Europa sich neu orientiert und eine langfristige Vision anstrebt.“**

Gina-Julia Weslenberger, 21 Jahre  
Praktikantin im Europabüro der Region Stuttgart



**„Mir ist mehr soziales Engagement wichtig und mehr Demokratie.“**

Maxime Amadio, 23 Jahre  
Praktikant der AHK



**„Ich finde das Projekt Mundus Europa von Erasmus eine tolle Sache und wünsche mir eine weitere Fortführung.“**

Clara Hornung, 22 Jahre  
Praktikantin der AHK

**„Erasmus Plus soll auf jeden Fall fortgeführt werden.“**

Clara Hornung, 22 Jahre  
Praktikantin der AHK

**„Ich bin für transnationale Listen im Hinblick auf die Wahl 2024.“**

Ambra Dettmann, 25 Jahre  
Praktikantin des Zentralverbands des deutschen Handwerks.



**„Ich bin für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Integration.“**

Josefine Zurheide, 25 Jahre  
Praktikantin bei der Helmholtz-Gemeinschaft

**„Mir ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau sehr wichtig.“**

Annique Giesecke, 15 Jahre  
Praktikantin der Bundesagentur für Arbeit in Europa

## **Brexit means Flextension – und dann ist aber Schluss!**

**Ein Gastbeitrag von Frank Hoffmeister**



Brexit und kein Ende? Nach dem EU-Sondergipfel vom 10. April 2019 steht fest: Das Vereinigte Königreich wird die EU vorläufig nicht ungeregelt verlassen. Zum einen hat das britische Parlament diesen Schritt gesetzlich verboten. Zum anderen hat der Europäische Rat Vernunft walten lassen, und die von Premierministerin May gewünschte Verlängerung gebilligt, auch wenn der Austrittsvertrag nach wie vor nicht ratifiziert ist. Denn die wirtschaftlichen Schäden für den Kontinent wollen die Staats- und Regierungschefs eben nicht riskieren, und die politische Verantwortung für einen „harten Brexit“ mag man in der Runde der 27 auch nicht gerne tragen. De Gaulle mit seiner Linie aus den 60er Jahren, die Engländer möglichst fern zu halten, ist eben doch schon einige Jahrzehnte nicht mehr unter ihnen.

Stattdessen macht ein neuer Kunstbegriff die Runde. Die von Ratspräsident Tusk vorgelegte Idee der „flextension“ gibt den Briten noch mehr Zeit, um eine mehrheitsfähige Lösung zu erarbeiten. Der Oppositionsführer Corbyn hat sich inzwischen besonnen und redet mit der Regierungschefin. Sein Modell der Zollunion plus Garantien für Arbeitnehmerrechte ist für die konservative Partei jedoch schwer zu schlucken. Denn dann kann sich die Insel gerade nicht mit eigenständigen Handelsverträgen mit der übrigen Welt und möglichst niedrigem Sozialschutz innerhalb der eigenen Grenzen in das Singapur der Nordsee verwandeln. Genau das war aber eines der wolkigen Ziele der hartgesottenen Brexiteers um Jacob Rees-Mogg, der sich auch nicht scheut, zweifelhaft Aussagen der deutschen AfD-Fraktionschefin Weidel zu verbreiten. Diese hatte im Bundestag ernsthaft die Meinung vertreten, der Brexit sei eigentlich Schuld der Europäischen Union, weil sie vor dem Referendum Herrn Cameron keine ausreichenden Zugeständnisse eingeräumt habe. Dass Camerons Reformpaket bei der Kampagne allerdings überhaupt keine Rolle gespielt hat (und damit auch nicht die Frage, ob es weit genug gespannt war), wird geflissentlich übersehen.

Wie wahrscheinlich ist es also, dass das Austrittsabkommen nach dreimaligem Durchfallen doch noch ratifiziert wird, weil sich die britische Klasse auf ein anderes Modell für „die Zeit danach“ einigt? Einiges spricht dagegen. Zu tief sind die Gräben zwischen Tories und Labour, und zu groß ist das Misstrauen auf beiden Seiten gegenüber May. Der einzige Weg nach vorne ist ein Neuanfang. Die „Independent Group“ – 11 Abgeordnete, die sich wegen des Brexit-Kurses ihrer jeweiligen Parteiführung abgespalten haben – könnte bei den Europa-Wahlen im Mai bereits ungeahnte Zustimmung erhalten. May könnte schließlich aus dem Amt gedrängt werden und Neuwahlen ausschreiben. Diese könnten wiederum zwei Dinge bewirken. Einerseits würden die über 4 Mio. Briten, die die Petition zum Widerruf des Art. 50-Antrags unterschrieben haben, nunmehr gezielt diejenigen Parteien wie die Independents oder die Liberaldemokraten ins Unterhaus wählen, die sich für den „Exit vom Brexit“ aussprechen. Zum anderen könnte die nordirische DUP ihre Rolle als Mehrheitsbeschafferin für die Tories wieder verlieren. Zusammen genommen ergibt dies neue Spielräume entweder für eine Ratifikation des May-Deals mit einer Spielart der Zollunion als Modell für die zukünftigen Beziehungen oder sogar für ein zweites Referendum, um das ganze Unternehmen zu kippen. Bekanntlich soll ja der EU-Verhandlungschef Barnier fest davon überzeugt sein, dass es zu einem derartigen Referendum kommen wird.

Was bedeutet dieses Abwarten auf Godot nun für die Europäische Union selbst? Die Briten werden weiter Abgeordnete für das Europäische Parlament wählen. Vermutlich bleiben die Tories nach wie vor der EVP fern, während die Abgeordneten von Labour und Independent/LibDem die Fraktionen der S&D sowie ALDE stützen werden. Damit wird es für Manfred Weber nicht einfacher, seine Kandidatur als Kommissionspräsident durch zu bringen. Einen britischen Kommissar wird es vermutlich nicht mehr geben – denn die neue Kommission tritt ja erst zum 1. November 2019 an. Das können die Briten verschmerzen (von EU-Kommissar King und seiner Sicherheitsunion hat man ja in den letzten zwei Jahren auch nichts politisch Bedeutendes gehört). Im Rat werden britische Minister teilnehmen, die nicht wissen, wie sie dort abstimmen sollen – was eine Enthaltung nahelegt. Kann man ihnen darüber gehend abverlangen, dass sie die EU nicht schädigen sollen? Die in § 7 der Schlussfolgerungen bemühte Zauberformel der „duty of sincere cooperation“ steht ja schon heute im Vertrag. Sie ist nun angereichert durch den Zusatz, dass sich das Vereinigte Königreich sämtlicher Aktionen enthalten solle, welche das Erreichen der Unionsziele beeinträchtigt, „insbesondere bei der Teilnahme am Entscheidungsprozess der Union“. Übersetzt: Hindert uns nicht daran, die Weichen im Mehrjährigen Finanzrahmen zu stellen! Das Misstrauen bleibt gleichwohl, denn ein Premierminister Johnson würde sich vermutlich wenig um derartige Feinheiten kümmern. Insofern ist die Position von Präsident Macron sehr verständlich. Das Ganze muss innerhalb ei-

nes halben Jahres ein Ende haben, damit die Union keinen längerfristigen Schaden davonträgt.

Wenn Großbritannien es dann immer noch nicht geschafft hat, mit neuen parlamentarischen Mehrheiten den Austrittsvertrag zu ratifizieren oder ein zweites Referendum abzuhalten, gilt eine ganz einfache Formel: Wegen Fristablauf endet die Mitgliedschaft zum 1. November 2019. Oder die neue englische Regierung zieht den Austrittsantrag zurück, weil sie gesetzlich dazu verpflichtet ist, das Land nicht über die Klippe springen zu lassen. Schluss.

*Frank Hoffmeister ist Stellvertretender Vorsitzender und Abteilungsleiter der Generaldirektion Handel in der Europäischen Kommission*

### **Praktikantenveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der EUD und Vizepräsident des Europäischen Parlaments Rainer Wieland MdEP**

Am 11. April 2019 lud die Europa-Union Brüssel Praktikantinnen und Praktikanten in die Landesvertretung Brandenburgs in Brüssel zum Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden und Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland MdEP. Unter dem Motto „Europawahlen 2019 – Welche Chancen bieten sich der jungen Generation?“ sprach der Bundesvorsitzende zu der bevorstehenden Zeitwendende, vor der die Europäische Union vor der Wahl zum neuen Parlament steht. Rainer Wieland ermutigte die Praktikantinnen und Praktikanten zudem, sich zu erkundigen welche Abgeordneten in ihrer Region auf den Listen für den Einzug ins Europäische Parlament stehen und sich anschließend dort um ein Praktikum zu bewerben. Ein erfolgreiches Praktikum sei die Eintrittskarte für einen Job als Parlamentarische/r Referent/in. Neben dem beruflichen Engagement für Europa warb der Bundesvorsitzende für eine ehrenamtliche Tätigkeit als Gemeinde- oder Kreisrat, die er selbst viele Jahre lang ausführte. Hier könne Politik „von der Pike auf“ gelernt werden sowie die wertvolle Fähigkeit, Kompromisse für beide Seiten zu finden. Er ermutigte die jungen Menschen, sich für ihre Vision von Europa einzusetzen und Populisten von Links und Rechts die Stirn zu bieten.

### **Nachruf - Wir trauern um Christian Bruns**



Am Freitag, 10. Mai 2019 ist unser ehemaliges Vorstandsmitglied Christian Bruns nach kurzer und schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren verstorben. Wir verlieren mit ihm einen langjährigen Weggefährten und leidenschaftlichen Streiter für Europa. Christian Bruns hat von 2000 bis 2017 die Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der Europäischen Union geleitet. Zuvor arbeitete er seit 1995 für die Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission. Von 2011 bis zu seinem Abschied aus Brüssel im Jahr 2017 gehörte er dem Vorstand des Brüsseler Verbandes der Europa-Union an. Christian war nicht nur ein Europäer mit Leib und Seele – so war er einer der Hauptinitiatoren des „Bremer Aufrufs“ aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen seines Heimatlandes zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge.

Christian wird seinen vielen Freunden im Vorstand und unter den Mitgliedern der Europa-Union Brüssel vor allem auch durch seine tiefe Menschlichkeit, seine ruhige, weise Argumentation, sein stilles Lächeln, und seinen menschenfreundlichen Humor unvergessen bleiben. Unser Verband, den er unermüdlich gefördert und für den er sich eingesetzt hat, hat Christian Bruns viel zu verdanken. Europa hätte Christian noch viel länger gebraucht, und wir im Vorstand verlieren einen guten Freund, der uns sehr geprägt und stets geholfen hat. Ruhe in Frieden, lieber Christian! Wir werden Dein Andenken in Dankbarkeit bewahren.

## 10 Fragen an... Katrin Hatzinger

**1. Tätigkeit:** Leiterin EKD Vertretung Brüssel

**2. In Brüssel seit:** September 2002

**3. Hobbys:** lesen, Radfahren, Sprachen, Klavier spielen, Kino, Theater, Konzerte oder Ausstellungen besuchen

**4. Man trifft mich:** z.B. im BOZAR

**5. Mein Geheimtipp in Belgien:** Brasserie Bertinchamps in Gembloux

**6. Meine Buchempfehlung:** Michel Houellebecq „Die Unterwerfung“

**7. Lieblingszitat oder Motto:** Ett kütt wie ett kütt...und et hätt noch immer jot jejange (Auzüge aus dem Rheinischen Grundgesetz)!

**8. Bei der Europa-Union bin ich dabei:** ...weil mir der europäische Zusammenhalt am Herzen liegt!

**9. Europa bedeutet für mich:** Horizonterweiterung!

**10. Mein Wunsch an Europa:** Mehr konstruktives Miteinander!



### **Mitteilungen**

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2019 sind im Januar versandt worden.

Wenn Sie Ihren Beitrag noch nicht entrichtet haben, so freuen wir uns über Ihre Überweisung.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

### **Impressum**

Europa-Union Deutschland e.V. Verband Brüssel

c/o UEF

Square de Meeûs 25

B - 1000 Brüssel

Fax: 02 791 5795

E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu) [www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)

**Redaktion:** Angela Schweizer, Christine Bunte

### **Bankverbindung:**

Konto: 363-0201214-76 (ING) IBAN: BE91 3630 2012 1476

BIC: BBRUBEBB

Gerne nehmen wir **Beiträge von EUD-Mitgliedern** in den Mitgliederbrief auf. Bei Interesse können Sie sich gerne an Angela Schweizer wenden:

[angela.schweizer@europarl.europa.eu](mailto:angela.schweizer@europarl.europa.eu)